

Simburger Anzeiger

Gleichzeitiges Anzeigblatt für den Kreis Simburg und für die in der zentralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Anterriahn, Anterriannus, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur Werktage).
Bezugspreis: monatlich 3.60 Mark einschl. Postbestellgeld
oder Bringerlohn.
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Simburger Zeitung) Begr. 1888 (Simburger Tageblatt)
Verantwortlicher Redakteur Hans Antke,
Druck und Verlag der Firma Schmidt'scher Verlag und Buchdruckerei
in Simburg a. d. Rhn.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige 3-Millimeterzeile oder deren
Raum 70 Hg. Die 11 mal breite Reklamezeile 2.10 M.
Anzeigen-Kammine bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 136

Simburg, Donnerstag, den 17. Juni 1920.

83. Jahrgang

Noch immer keine neue Regierung!

Je länger sich die Dinge hinziehen, desto verworren werden sie. Auch durch die Wahl des als tüchtiger Politiker eingeschätzten Zentrumsführers Trimborn ist die allgemeine Ungewissheit nicht beseitigt, sondern eher noch gesteigert worden. Nachdem durch die Abgabe der Unabhängigen Heine der Block der Rechten erledigt worden war, glaubte man schließlich, daß nichts anderes übrig bleiben werde, als die bisherige Koalition aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten fortzuführen, indem man dem Zentrum wieder die „Fraktion Heim“ angliederte. Es scheint aber, als ob die Zeit für diesen Ausweg aus dem großen Dilemma noch nicht gekommen oder schon vorüber ist, denn statt ihrer steht jetzt ein „Block der Mitte“ im Vordergrund des Interesses. Er soll nach dem Vorschlag Dr. Trimborns, der anscheinend nicht der Vater dieses Gedankens ist, aus Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei bestehen, und, weil er keine Mehrheit im Parlament befähigt, dadurch das Leben gestützt bekommen, daß vor allem die Mehrheitssozialdemokratie ihm „wohlwollende Neutralität“ zusichert. Man sagt, daß maßgebende führende Kreise hinter diesem Plane ständen, weil sonst die glatte Unmöglichkeit offenbar würde, zu irgendeiner neuen Regierung zu kommen. Zunächst erscheint nun die Fortführung der alten Koalition mit einem Plus von dreizehn Stimmen über die vorgeschriebene Mehrheit von 230 Stimmen durch die Ablehnung Lösses und Müllers in der Unterredung mit Trimborn ausgeschlossen zu sein. Aber man kann sich auch nicht vorstellen, daß der „Block der Mitte“ ein ungemein schwaches Gebilde wäre. Müller hat bereits erklärt, daß auch nur die Andeutung einer Auslandspolitik im Sinne der Deutschen Volkspartei sofort die allerschärfste Opposition der Mehrheitssozialisten hervorrufen würde. Man fragt sich vergeblich, wie da die in bester Absicht jetzt zugesagte „wohlwollende Neutralität“ gegebenenfalls gerade in den Tagen von Spaas zustande kommen sollte? Man kommt nicht darum herum, daß demnach auch die neueste Kombination kaum das Heil bringen wird, und jedenfalls bleibt vollkommen abzuwarten, wie eine solche Regierung des neuen Mittelblocks aussieht gemacht werden wird. Man darf nicht vergessen, daß am 5. Juli in Spaa eine deutsche Regierung vorhanden sein muß, die nicht mit einem Rotmandat, sondern mit voller Autorität auftreten muß, und daß diese Autorität immer dann in Frage gestellt sein wird, wenn die gegenwärtige Krise des deutschen Reiches keine vollständig befriedigende und wirklich restlose Lösung findet. Vielleicht bringen aber schon die nächsten Tage Klarheit darüber, denn allgemach droht die Krise wegen ihrer Länge gefährlich zu werden.

Eine demokratische Erklärung.

Berlin, 15. Juni. (WZ.) Der Führer der demokratischen Partei, Abgeordneter Senator Dr. Petersen, überreichte heute nachmittag dem vom Reichspräsidenten mit der Kabinettsbildung beauftragten Zentrumsabgeordneten Dr. Trimborn eine Erklärung über die Voraussetzungen, unter denen sich die deutsch-demokratische Partei an der Kabinettsbildung beteiligen will. Darin wird auf Artikel 53 der deutschen Reichsverfassung hingewiesen, nachdem der Reichspräsident den Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister ernannt. Ein Abweichen von diesem Wege wird als verfassungswidrig angesehen, da es ausgeschlossen erscheint, daß die Parteien sich bereit erklären würden, Koalitionen zu bilden, ohne vorher das sachliche Programm des Kabinetts und seine Zusammenfassung zu kennen. Die demokratische Partei erklärt sich bereit, sowohl aktiv als passiv in einem Kabinettsprogramm die Gewähr für den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau zu geben. Als unerlässliche Bestandteile dieses Programms werden dann in der Erklärung u. a. folgende Punkte bezeichnet: Vorbehaltlose und unbedingte Anerkennung der Weimarer Verfassung, Bekämpfung der Klassenherrschaft, Ablehnung eines jeden Klassen- und Rassenhasses und Bekämpfung der Klemmer ohne parteipolitische Rücksichten mit Personen, die sich auf den Boden der Verfassung stellen, die aber gleichzeitig ihr Amt auszufüllen in der Lage sind.

Pressestimmen.

Zu der Erklärung des Vorsitzenden der Demokratischen Partei, in der die Bereitschaft erklärt wird, an der Bildung eines Kabinetts teilzunehmen, ohne vorherige Bildung einer Parteikoalition, sagte der „Vorwärts“: Die Erklärung ist nicht ablehnend, aber ausweichend. Die Frage der Regierungsbildung ist durch sie nicht viel weiter gekommen. Die „Vossische Zeitung“ meint, daß der Erklärung ohne Zweifel die weitesten Kreise zustimmen würden. Sie stelle sich auf den einzig richtigen Standpunkt, daß es Sache des Reichstages sein müsse, auf Grund eines sachlichen Programms sich die geeigneten Mitarbeiter zu suchen. Dem „Berliner Volks-Anzeiger“ zufolge hat sich die Lage etwas geklärt. Zur Erklärung Dr. Petersens wird diesem Blatt von Seiten der Deutschen Volkspartei mitgeteilt, das, was Petersen ausgeführt, sei von der Deutschen Volkspartei schon zu Beginn der Krise ausgesprochen worden. Wenn man die Erklärung Schillers hingearbeitet werde. Die Deutsche Volkspartei könne auf keinen Fall dastehen, daß die kleinste Partei im Reichstag den Kanzler stelle. Weder die Rangkassier eines Mannes aus den Reihen des Zentrums dagegen lasse sich verstanden. Die Aussprache des Zentrums, die gestern vor-mittag begann, ist laut „Germania“ noch nicht beendet. Sie soll heute nachmittags fortgesetzt werden. Das Zentrum muß sich jedenfalls redlich ab, eine Regierung zustande zu

bringen. Es erfülle damit eine Pflicht, die in erster Linie der siegreichen Opposition auf der Rechten hatte auferlegt werden müssen.

Keine Stimmung für eine bürgerliche Regierung.

Berlin, 15. Juni. (WZ.) Bei Besprechung der Kabinettsbildung beschränkt sich die „Germania“ darauf, die Angaben des „Vorwärts“ in der heutigen Morgenausgabe als richtig zu bestätigen und hinzuzufügen, daß die Verhandlungen weitergehen, ohne bisher ein bestimmtes Ergebnis erzielt zu haben. Das „Berliner Tageblatt“ streift die Besprechungen in der heutigen Zentrumsführung und berichtet darüber, daß für die bürgerliche Koalition von den Deutschen nationalen bis zu den Demokraten keine Stimmung vorhanden wäre. Die einzelnen Redner hätten immer wieder erklärt, man müsse unter allen Umständen zu einem Einvernehmen mit der Sozialdemokratie kommen, da eine Regierung ohne Sozialdemokratie heute in Deutschland nicht mehr möglich sei. Nach dem „Vorwärts“ hat Trimborn heute vormittag wiederum mit den Sozialistenführern Hermann Müller und Lösses verhandelt, die ihm auseinandergesetzt, daß das Bestehen der bisherigen Koalitionsregierung unmöglich und daß auch sein Wunsch, die sozialdemokratische Fraktion möge wenigstens einen Vertrauensmann in das neue Kabinettsentsenden, keine Aussicht habe, von der Fraktion bewilligt zu werden. Das Verhalten der Partei von der neuen Regierung werde von ihren Taten abhängen. Der „Vorwärts“ wendet sich sodann gegen die Auffassung, die sozialdemokratische Partei bereite sich nur vor, die bürgerliche Reichstagsmehrheit gewaltsam zu überrennen. Jeder Kenner des Programms und der Geschichte der Partei wisse, daß für sie gewaltsames Vorgehen gegen Mehrheiten, die im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse handeln, nicht in Betracht komme.

Wahlkreisverband Hessen.

Kassel, 15. Juni. Im Wahlkreisverband Hessen, der aus den Wahlkreisen Hesse Nassau und Freistaat Hessen besteht, ergeben sich nach der amtlichen Zählung folgende Bestimmungen, die auf die Reichstagswahl übergehen: Deutsche Demokratische Partei 59 957, Zentrum 48 344, Deutsche Volkspartei 20 497, Deutsche Sozialistische Partei 38 266, Sozialdemokratische Partei 10 535, Unabhängige Sozialdemokratie 31 741, Kommunistische Partei 19 358. Als ungültig wurden 3470 Stimmen gezählt.

Vergebliche Wahl-Propaganda russischer Kommunisten.

Die „Morning Post“ meldet aus Moskau: Die Wahl nur zweier Kommunisten in den deutschen Reichstag hat im Moskauer Großen Sowjet zu Värmisungen geführt. Es wurde die Abberufung des bolschewistischen Vertreters in Berlin, Kopp, verlangt, dem für die Propaganda 50 Millionen Rubel bewilligt worden waren.

Schweninger über Bismarck.

München, 15. Juni. Die Münchener-Augsburger Abendzeitung bringt eine Unterredung mit dem Weibartz von Bismarck, Geheimrat Dr. Schweninger, der, wie bereits gemeldet, heute seinen 70. Geburtstag feiert. Danach hat Schweninger auf die Frage, ob Bismarck die tragische Entwicklung der Dinge geahnt habe, erwidert, der Fürst hat die Katastrophe für Deutschland vollkommen klar vorausgesehen. Wie oft hat er sich die berühmten drei Haare gerauft und geklopft: „Schweninger, ich sehe es kommen, wir gehen einer furchtbaren Katastrophe entgegen.“ Der Fürst sah den Ring sich bilden, der Deutschland einschließen sollte. Er sah auch, daß Rußland sich in diesen Ring einfügen würde. Er hat gewarnt, er wollte raten, aber es wurde auf ihn nicht gehört. Resigniert und in tiefer Trauer sagte er mir noch ganz zuletzt: „Deutschland geht schweren Zeiten entgegen.“

Rücktritt Niechers von der Leitung des Hansabundes.

Berlin, 15. Juni. (WZ.) Der Hansabund gibt bekannt: Gemäß der schon vor einem Jahr erfolgten Ankündigung ist am 12. Juni, am 11. Stiftungstage des Hansabundes, der bisherige Vorsitzende Geheimrat Dr. Niecher, ausgeschieden. In seinen Abschiedsworten wies Niecher darauf hin, daß ihn die parlamentarischen Arbeiten in einer Weise in Anspruch nähmen, daß er die große Arbeit für den Hansabund nicht mehr bewältigen könne, und ergerade jetzt ruhig auscheiden könne, wo der Hansabund einen großen Aufschwung nehme und in Dr. Kähler, dem Direktor der A.G. (Automobilbau A.G.) einen seiner Stellung voll gewachsenen geschäftsführenden Präsidenten gewonnen habe. Das Präsidium mußte angesichts dieser Begründung zu seinem großen Bedauern seinem Antrag zustimmen, gab gleichzeitig aber durch die Ernennung des Ausschusses zum Ehrenpräsidenten dem lebhaften Wunsch Ausdruck, den Namen des Begründers des Hansabundes auch ferner in seiner Verwaltung fortzuführen. Gemäß § 15 der Bundesstatuten, der die Wahl eines Stellvertreters bis zur Hauptversammlung anordnet, wurde Generaldirektor Dr. Erdmann-Hannover mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vorsitzenden des Präsidiums betraut.

Von der Kriegs- zur Friedensindustrie.

Düsseldorf, 15. Juni. Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik Düsseldorf hat bei der Umstellung ihres auf Friedensarbeit den Bau von Lokomotiven und Eisenbahnen ausgenommen. Gestern stand die erste, eine schwere, fünfachsige Güterzug-Lokomotive, mit einem Zug von 30 Güterwagen zur Übernahme durch die Eisenbahnverwaltung bereit. Der fast 80 Jahre alte Gründer der Ge-

ellschaft und Vorsitzende des Aufsichtsrats, Geheimrat Ehrhardt, betonte, daß die Werkleitung schon während der Kriegsjahre den Bau von Lokomotiven ins Auge gefaßt habe. Er erklärte feierlich, daß, wo es nach Artillerie und Pulver rief, Ehrhardt nicht mehr zu haben sei. Nach den Angaben der Werkleitung wird die Fabrik in kurzer Zeit in der Lage sein, 400 Lokomotiven und 3000 Güterwagen jährlich zu liefern.

Der neue Tarif im Ruhrbergbau.

Essen, 15. Juni. Der am 21. Mai vereinbarte neue Lohnvertrag im Ruhrbergbau ist jetzt zwischen den Vertretern der Bergarbeiterverbände und dem Zechenverbande endgültig abgeschlossen worden. Danach erhalten die Ruhrbergleute eine Lohnerhöhung von 6 Mark für jede Schicht, wovon 1,50 Mark von den Zechen bar bezahlt und 4,50 Mark vom Reich übernommen werden, das, wie gemeldet, beabsichtigt, dafür Gutscheine für Lebensmittel an die Bergarbeiter auszugeben. Die Angestellten im Bergbau erhalten den Reichszuschuß in gleicher Weise wie die Bergarbeiter, außerdem eine der Lohnerhöhung der Arbeiter entsprechende Gehaltsaufbesserung. Durch diese Regelung wird, wie bereits berichtet, eine Erhöhung der Kohlenpreise vermieden.

Die Gärtner gegen die Gemüseernte.

Berlin, 15. Juni. (WZ.) Der Verband deutscher Gartenbaubetriebe hat ein Telegramm an den Reichspräsidenten und den Reichswirtschaftsminister gerichtet, in dem er gegen die bekannt gewordene Freigabe der Gemüse- und Obstlieferung nach Deutschland die schwersten Bedenken erhebt. Sämtliche Gärtner in Deutschland stellten sich in den letzten Jahren auf den Gemüsebau ein und auch die Landwirtschaft hat den Feldgemüsebau in weitestem Umfang aufgenommen, so daß die Gemüseversorgung des deutschen Volkes durch die heimische Erzeugung sichergestellt ist. Durch vollständige Freigabe der Gemüseernte würden sämtliche Gemüsezüchter ruiniert und ihre Arbeiter erwerbslos.

Bayern und die Reichswasserstraßen.

München, 16. Juni. Zwischen dem Reich und Bayern ist es zu ersten Differenzen wegen des Ausbaues der Wasserstraßen Rhein-Main-Donau gekommen. Die bayerische Autokratie auf dem Gebiet des Wasserstraßenbaues, Ingenieur Hallinger, teilt den „Münchener Neuesten Nachrichten“ mit, daß die Reichsregierung die Abtretung der bayerischen Donau-Rede als Gegenleistung für eine Fortsetzung der Mainkanalisierung mit der Begründung fordert, daß dies zur Verjüngung notwendig sei. Ist aber die Donau, so sagt Hallinger, ausgeleert — darauf laufen die Pläne des Reiches hinaus —, so könne Bayern sehen, wie die Main-Donau-Verbindung als Lebensader für die bayerische Volkswirtschaft unterbunden und begraben wird. Man drohe mit der Enteiung der Donau. Soweit Dr. Hallinger. Mit der Wasserstraße Rhein-Donau steht und fällt Bayerns zukünftige wirtschaftliche Bedeutung. Bayern wird daher den Donau-Enteignungsgelasten des Reiches den denkbar größten Widerstand entgegenstellen.

Mangel an Grubenholz.

Ein Erlass des Ministers der Innern besagt: Die Verhältnisse auf dem Grubenholzmarkt haben eine für die Kohlenversorgung des kommenden Winters überaus ernsten Charakter angenommen. Die vorhandenen Grubenholzvorräte sind sehr knapp, und obwohl die Bergwerke die geforderten hohen Preise zahlen, sind doch ausreichende Rücklagen nicht vorhanden. Es soll deshalb demnächst vorhandenen Uebständen durch verstärkten Einschlag von Grubenholz in den preussischen Staats- und Privatwaldungen sowie durch vertragliche Maßnahmen bei der Abgabe von Holz, die die Verwendung von zu Grubenweiden geeigneten Holz als Brennholz verhindern, entgegengetreten werden. Auch ist beabsichtigt, im Verordnungswege die Verwendung des als Grubenholz verwendbaren Holzes zu anderen Zwecken sowie die unerlaubte Ausfuhr von Grubenholz zu verbieten.

Neues Anzeichen der Preise.

Berlin, 15. Juni. Die Agentur Havas meldet über London: Nach Meldungen vom internationalen Warenmarkt macht sich seit Ende der verflochtenen Woche ein Anzeichen der Preise für Getreide, Mais und Baumwollseide bemerkbar. Das Steigen der Getreidepreise ist darauf zurückzuführen, daß vielfach, namentlich in Amerika, nur sehr geringe Vorräte bis zur neuen Ernte vorhanden sind.

Wucherbekämpfung.

Berlin, 16. Juni. Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, hat der bayerische Handelsminister an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in dem er verschiedene Vorschläge zur nachdrücklichen Bekämpfung des Wuchers macht. In eingehender Weise wird eine Vermeidung der Preissteigerungen durch Verordnungen dahin vorgeschlagen, daß nicht das Nehmen eines übermäßigen Gewinnes, sondern eines unangemessenen Preises unter Strafe gestellt werden soll. Die Bekämpfung des Schiebers und Wuchertums erfordert einen weit stärkeren Ausbau der Wucherabwehrstellen ein besseres Zusammenwirken der Landespreiskontrollen und eine Verstärkung der zuständigen Abteilungen des Reichswirtschaftsministeriums. Die Verbandspreise seien jeweils in ihrer Entziehung sorgfältig zu prüfen, insbesondere könne die Preisprüfung für Kohlen, Eisen, Werkzeugzeugnisse und Dämmmittel nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht entbehrt werden. Der Kampf gegen das Schieber- und Wuchertum sei in erster Linie ein Kampf gegen die unlauteren Eindringlinge, die mit dem hohenden Handel nichts zu tun hätten. Es wird hierbei an die Mißstände, die sich zum Beispiel in Häuten und Edelmetallen, im Altmetallhandel und im Pferdehandel herausgebildet haben, erinnert. Endlich wird gefordert, daß die behördliche Durchsicht der Kriegsgesellschaften unter Zuziehung von Sachverständigen der beteiligten Wirtschaftskreise ungehemmt kraftvoll durchgeführt werde, damit bei dem Zu-

lamenttritt des neuen Reichstags, soweit wie irgend möglich, ausreichende Unterlagen für die endgültige Erledigung der all- zulang verzögerten Angelegenheit vorliegen.

Diebstähle auf abzuliefernden Schiffen.

Die Diebstähle auf den uns noch verbleibenden und den an die Entente abzuliefernden Schiffen nehmen gegenwärtig wieder einen Umfang an, daß sich das Reichsschatzministerium veranlaßt gesehen hat, einen besonderen Schutz- und Ueberwachungsdienst einzurichten, der in zahlreichen Fällen bereits eine wirksame Tätigkeit entfaltet hat. Die Diebstähle erstrecken sich zumeist auf das Schiffsinventar, wenn sich die organisierten Banden auch nicht scheuen, gelegentlich das eine oder andere Torpedoboot verschwinden zu lassen. Besonders arg sind in letzter Zeit die beiden ehemaligen kleinen Kreuzer „Strasbourg“ und „München“ ausgeraubt worden. Die beiden Kriegsschiffe, welche an England geliefert werden müssen, liegen im Kaiser-Wilhelm-Kanal, nahe den Brunsbütteler Schleusen. Die Ueberführung hat durch die Angelegenheiten einer Hamburger Reederei zu erfolgen. Bei einer kürzlich stattgefundenen Revision stellte es sich heraus, daß ein großer Teil der jetzt kostbaren elektrischen Einrichtung, namentlich die Motore gestohlen worden sind. Es wurden deshalb Beamte des Reichsschatzministeriums mit der Untersuchung der Diebstähle betraut, denen es gelang, an einem Tage 16 Fälle zu klären und die Täter dingfest zu machen.

Zeitungsverbote im besetzten Gebiet.

Wien, 15. Juni. (W.B.) Die „W.B. Zeitung“ und die „Wienerische Zeitung“ wurden laut Befehl der Rheinlandkommission auf Grund des Artikels 13 der Verordnung Nr. 3 von morgen ab auf einige Tage verboten. — Dem Vernehmen nach ist der Grund des Verbots der „W.B. Zeitung“ und der „Wienerischen Zeitung“ darin zu suchen, daß sie Artikel gegen die Verwendung farbiger Truppen im besetzten Gebiet veröffentlichten. Außer diesen beiden sind weitere fünf Blätter im besetzten Gebiet vorläufig verboten.

Die verfassunggebende Versammlung des Freistaates Danzig.

Danzig, 15. Juni. (W.B.) Gestern Nachmittag wurde im Sitzungssaal des Landeshauses die verfassunggebende Versammlung der künftigen freien Stadt Danzig, der 120 Abgeordnete angehören, eröffnet. Hierzu erschienen der Oberkommissar des Völkerbundes Sir Reginald Tower, der Generalkommissar der Republik Polen Dr. v. Bielecki, der deutsche Reichs- und preussische Staatskommissar Regierungspräsident Förster, der Gouverneur der alliierten Streitkräfte in Danzig General Haglins, sowie die ausländischen Konsuln. Sir Reginald Tower hielt eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: „Ein Rückblick auf hundert Jahre der Geschichte der Stadt Danzig zeigt, wie wechselvoll ihre Geschichte gewesen ist. Viel Glanz, aber auch schlechte Zeiten hat Danzig gesehen. Aber über allem und durch alles leuchtet hell und klar die Tradition der freien Stadt. Sie ist untrennbar eingegraben in jedem Stein ihrer Kirchen, ihrer öffentlichen Gebäude. Bei der Bearbeitung der Verfassung vergessen Sie nicht Danzigs Wahl- spruch: „Nec temere nec timide“. Handeln Sie nach dem großen und stolzen Vorbild, das Ihnen die Vorfahren gegeben haben, machen Sie die Verfassung zu einem würdigen Denkmal! Denken Sie daran, daß der Völkerbund über die Stadt seinen Schutz breiten wird, denn die Verfassung soll dem Völkerbund übermitteln werden. Wir haben für die Aufrechterhaltung der stolzen Tradition Danzigs zu arbeiten und zu beweisen, daß Danzig würdig ist, zu den ersten Gliedern des Völkerbundes zu gehören.“ Nachdem der Oberkommissar dann noch auf Inkraftsetzung des Abkommens zwischen Polen und der freien Stadt Danzig hingewiesen hatte, das bei der Erklärung Danzigs zur freien Stadt in Kraft trete, erklärte er die verfassunggebende Versammlung für eröffnet. Hierauf erfolgte die Konstituierung des Hauses, zu dessen Präsident der deutschnationalistische Abgeordnete Generalmajor Reinhold gewählt wurde. Zum Präsidenten des Staatsrats wurde Oberbürgermeister Sahm gewählt.

Gavarie eines Transportdampfers mit Heim- lehrern aus Sibirien.

Hamburg, 15. Juni. (W.B.) Der amerikanische Transportdampfer „Mount Vernon“ (ehemals „Kronprinzessin Cecilie“), mit Heimkehrern aus Sibirien über Amerika nach

Hamburg unterwegs, ist stark beschädigt in New Jersey ein- getroffen. An Bord befanden sich 2000 Tschechoslowaken, 150 Deutsche und 250 Österreicher. Der Dampfer sollte ursprüng- lich am 22. 6. in Cuxhaven eintreffen.

Die Reise des Obersten House

London, 15. Juni. (W.B.) Die „Westminster Gazette“ meldet, daß Oberst House mit Zustimmung Wil- sons und der amerikanischen Regierung nach Europa ab- reisen werde. Er werde England, Frankreich, Belgien, die Schweiz, Holland, Deutschland, Polen und die Tschecho- Slowakei berühren. Diese Reise erfolgt auf den dringen- den Wunsch Englands und Frankreichs, die der Auffassung seien, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vereinigten Staaten und den Alliierten sich beträchtlich ver- mehrt hätten.

Die Wollpreise in New-York.

Die „Times“ meldet aus New-York: Die Preise auf dem Wollmarkt sind jetzt tief unter den Erzeugungskosten. Um die Wollindustrie zu schützen, beriefen der Gouverneur des Bundes- referates und die Senatoren der westlichen Staaten eine Konferenz von Bankiers und Wollproduzenten nach Chicago für den 17. Juni ein, damit ein Fonds von 100 Millionen Dollar zusammengebracht werde, der für ein Darlehen an die Schafzüchter Verwendung finden soll.

Muselmanische Erhebung in Mesopotamien.

Teheran, 15. Juni. (W.B.) Dasas. Die Lage in Mesopotamien, die ohnehin recht beunruhigend war, hat sich in den letzten Tagen wesentlich verschlimmert. Dieser Tage wurde die Stadt Teheran von dem mächtigen Stamme der Chamar, der unter dem Befehl muslimanischer Offiziere steht, eingenommen. Alle britischen Beamten und ein großer Teil der Bevölkerung wurde niedergemacht. Dann bemäch- tigten sich die Angreifer Mossul, wo sie die öffentlichen Gebäude besetzt hielten. Unter der Bevölkerung herrscht große Unruhe. Die Verbindungen nach Bagdad sind unterbrochen. In Bagdad begaben sich die Manifestanten vor die Polizei- präfectur und verlangten die Herausgabe der politischen Ge- fangenen. Eine drohende Panik wurde durch die mohamme- danische Polizeitruppe unterdrückt. Auf dem Tigris wurden englische Boote geplündert und die Besatzung niedergemacht.

Serbische Verstärkung für die Albanier.

Amsterdam, 15. Juni. (W.B.) Einer Blättermel- dung aus Rom zufolge ist die Lage in Albanien äußerst ernst, da die albanischen Aufständischen durch Serben verstärkt worden seien, deren Uniform und Waffen amerikanischen Ursprungs sein sollen.

Ein Richtungswechsel in der polnischen Politik.

Amsterdam, 15. Juni. (W.B.) Der Korrespon- dent der „Times“ meldet aus Warschau: Das Ende der pol- nischen Ministerkrise ist noch nicht in Sicht. Die Laitsche, doch die Volkspartei von Pilsudski abfiel, deutet darauf hin, daß die Linke vollkommen die Oberhand über die Rechte erlangen wird. Jedes künftige Ministerium wird deshalb unbedingt Vorschläge über Friedensverhandlungen mit den Bolschewisten einbringen müssen.

Der schwedisch-finnische Konflikt.

Kopenhagen, 15. Juni. (W.B.) „Berlingske Tidende“ meldet: Der schwedische Gesandte in Helsingfors ist zur Berichterstattung nach Stockholm berufen worden. Der Schritt ist nicht als eine Abberufung, aber als ein Zeichen dafür aufzufassen, daß die schwedische Regierung der finnischen Regierung ihre Auffassung über die Lage zu erkennen geben will. Die Stimmung in den eingeweihten Kreisen in Stockholm und auch auf den Ålands-Inseln ist sehr ernst. Weitere 420 Mann selbstständig ausgebildeter finnischer Truppen sind auf den Ålands-Inseln angekommen.

Die Koltshat-Katastrophe.

Marseille, 15. Juni. (W.B.) Heute traf hier aus Sibirien General Janin mit seinem Stabe ein. Ueber die Koltshat-Katastrophe befragt, erklärte General Janin: Koltshat konnte am Tage der Katastrophe, am 14. Januar, nicht mehr weiter. Die Truppen, die ihn retten sollten, waren viel zu schwach und auf einen viel zu großen Raum verteilt. Koltshat war infolgedessen rettungslos verloren, da er Bolschewisten vor und hinter sich hatte und seine Flanken von anderen Aufständischen bedroht waren. Die tschecho-slowakische Armee, deren kriegerische Fähigkeiten anzuerkennen sind, hatte

von ihrer Regierung den strengen Befehl erhalten, sich nicht in die sibirischen Angelegenheiten zu mischen und sich unter keinem Vorwande für die sibirische Regierung zu schlagen. Dies erklärt die Lage. Koltshat ist vor allem schweren Fehlern und persönlichen Irrtümern unterlegen. Was man auch über ihn schreiben mag, es wird stets hinter der Wahrheit zurückbleiben. Ein auf demselben Dampfer zurückgekehrter tschecho-slowakischer Major bestätigte, daß die tschecho-slowakischen Truppen bei ihrer Ankunft in Jekust einen formellen Befehl ihrer Regierung vorgefunden hätten, nicht weiterzu- geben; sie hätten sich also zwischen Russen und Japanern be- funden, ohne sich betätigen zu können. Im übrigen sei die Umgehung Koltshats verächtlich gewesen und seine Armee habe sich in einem unglaublichen Zustande befunden. Koltshat habe alle Welt schon vor seinem Untergange ermüdet.

Todesurteile über Mitglieder der Koltshat- regierung.

Kopenhagen, 15. Juni. (W.B.) Die „National Tidende“ meldet aus Helsingfors: Die sibirische Revolu- tionsregierung fällt ihr Urteil über die Mitglieder der Kolt- shatregierung. Vier Mitglieder wurden zum Tode, sechs zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und zehn zu zehnjähriger Zwangsarbeit verurteilt.

Phantasien des „Temps“.

Genf, 16. Juni. Der „Temps“ bringt es fertig, in seinem Leitartikel die Wiedereinnahme Riens durch die Bol- schewisten auf ein deutsch-bolschewistisches Komplott zurück- zuführen. Er versichert, daß Deutschland in der ostpreu- ßischen Enklave fünf Brigaden von Truppen unterhalte, die in Wirklichkeit die Stürke von fünf Divisionen besäßen, und ge- genwärtig mit den Bolschewisten zusammenarbeiteten, um die Polen von ihrer Verbindung mit dem Norden abzuschneiden. Am Schlusse dieses Artikels gibt der „Temps“ übrigens zu, daß er vor allen Dingen Lloyd George Angst machen will, vor seinem Eingehen auf die Vorschläge der Sowjet-Regierung.

Erfolge der national-türkischen Bewegung.

Paris, 15. Juni. (W.B.) Nach einer Londoner Meldung des „Temps“ lurcht schon seit einiger Zeit das Gerücht, daß, um zu verhindern, daß Kleinasien in Anarchie verfällt, der Oberste Rat bedeutende Änderungen der türki- schen Friedensvertragsklauseln ins Auge fasse. Eine Atmos- phäre der Beunruhigung schiene in Konstantinopel zu herrschen, seitdem sich die nationalistischen Streitkräfte von Mustafa Kemal Pascha nicht nur ganz Kleinasien, sondern auch des Marmarameeres bemächtigt haben. Die türkischen Nationalisten hätten sich auch der Insel Marmara bemächtigt, die die Schiffs- route, die von Gallipoli nach Konstantinopel führt, beherrscht.

Krassin stellt Gegenbedingungen

London, 15. Juni. (W.B.) Nach der „Times“ soll Krassin zu versichern gegeben haben, daß, falls die Moskauer Regierung gezwungen werden würde, die russische auswärtige Schuld anzuerkennen, sie darauf bestehen werde, daß man alle ihre Rechte und Privilegien, wie sie in dem alten Londoner Vertrag festgelegt seien, ebenfalls anerkenne. Sie meint da- mit hauptsächlich jene Teile des Londoner Vertrages, wonach Konstantinopel an Rußland fallen werde.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 17. Juni 1920.

Titeländerung. Der Leiter der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht hiesig ist die Amtsbezeichnung „Erster Staatsanwalt“. Rummeh ist ihm die Amtsbezeichnung Oberstaatsanwalt beigelegt worden. Der jur. Beamte hier, führt daher von jetzt an die Amtsbezeichnung „Oberstaatsanwalt“.

Beischlagnahme. Die Polizei teilt uns mit: Anfangs Mai ds. Jz. wurde bei einer auswärtigen Polizei- verwaltung ein noch gut erhaltenes Herrenrad von schwarzem Rahmenbau und ebensolchen Felgen, etwas hochgezogener Lenkstange mit gelben Vordrücken und Signalglocke (vernichtet) beschlaggenommen. Auf der Sattelstange ist der Name H. Sturz eingeklopft. Das Rad trägt die Nr. 39969. Die Sammel- bereisung, der Sattel und Fabrikmarke fehlen.

eine verhaltene Entrüstung zum Ausdruck drängte. „Nein, es ist keine Hochzeit, nur eine Rindtaufe ist es!“ „Eine Rindtaufe, und die Schiffe flaggen?“ sagte Herr Jovers gleichgültig. „Ich wählte doch nicht, daß bei der Honorationen —“

Aber Frau Möllern vermochte nicht, ihn ausreden zu lassen. „O, Herr Jovers, freilich ist es bei den Honorationen, bei den allerersten Honorationen; aber eine Schande ist es, eine offensibare Schande, sag ich!“

Herr Jovers wurde doch aufmerksam. „Was will Sie damit sagen?“ fragte er kurz.

„Damit, Herr Jovers, will ich sagen, daß Ihr einziger Bruder, der Herr Senator Christian Albrecht Jovers, heute sein erstes Söhnchen taufen läßt; und Sie fragen noch, warum die Schiffe flaggen?“

Herr Friedrich sagte nichts; aber Frau Möllern er- ging es nicht, wie ihm die Hand zitterte, während er schwin- gend den Rest seiner Suppe hinunterlöffelte.

Die grimmigen Augen der Alten begannen plötzlich einen wehleidigen Ausdruck anzunehmen. „Herr Jovers, begann sie seufzend, „Ihr Herr Großvater selig und mein Vaters Onkel, was waren das für gute Freunde! Sie wissen das ja auch, Herr Jovers!“

„Zum mindesten hat Sie mir das oft genug erzählt,“ sagte Herr Jovers.

„Run, Herr Jovers, se lig Senator n wußte das ja auch.“ „Ja, ja, Möllern, und auch der alte Friedebom!“ Dann in den Büchern meines Großvaters läuft bis zu seinem seligen Ende keine jährliche Ausgabepost: Zehn Pfund Tabak und ein Gewandstück für den armen Kristian Möllern.“

Frau Antje schluckte etwas; dann aber, nachdem sie ein mittelmäßig erscheinenden Braten vorgelegt hatte, nahm sie doch den Faden wie der auf. „Ja, Herr Jovers, sie waren Schullamerade n, und das vergaßen sie sich nicht! Bei alle Wittwoch war Herr Christian Möllern zu dem Herrn Senator Christian Jovers auf den Kaffee eingeladen; im Sommer tranken sie denselben in dem schönen Gartenpavillon den Ihr Herr Großvater damals erst gebaut hatte. Wahr, Herr Jovers, man hätte sie wohl sehen mögen,“

Die Söhne des Senators.

Novelle von Theodor Storm.

(Nachdruck verboten.)

Herr Christian Albrecht lag noch immer auf seinem hohen Schreibstuhl, die Feder in der Hand. „Weißt du, Christine, der Bod meines Herrn Bruders wird mir doch zu mächtig, sagte er, indem er ernsthaft vor sich hinsah, „es tut not, und ich habe mich auf einen guten Gegenstoß besonnen.“ Und als sie ihn unterbrechen wollte: „Nein, red' mir nicht dazwischen, Frau, ich will auch einmal meinen Willen haben.“

Sie sagte ihm leise an dem Aufschlag seines Rodes und zog ihn sanft von seinem Thron herab und dicht zu sich heran. „O weh,“ sagte sie und sah ihm ernsthaft in die Augen, „da habe ich am Ende einen Mann geheiratet, den ich erst heute kennen lerne! Gesteh mir's, Christian Albrecht, du hast doch nicht auch etwa so einen —“

„Zum Ausd.“ rief Herr Christian Albrecht lachend, „im hintersten Stallwinkel wird auch wohl bei mir so einer angebunden stehen; und der soll jetzt heraus ans Tageslicht, trotz aller klugen Frauensimmer und meiner allerklügsten noch dazu!“

„So, Christian Albrecht? Und in welcher Art?“ — sie zögerte ein wenig — „soll denn der deine seinen Gegenstoß vollführen?“

„Seh' dich, Christine,“ sagte der Senator, indem er die anmutige Frau auf seinen Schreibstern hob, „und reben wir deutsch mitammen! In jener Sache da draußen auf dem Hof will ich mein Recht und meinen Titel davon auf- geben! Aberdazu bedarf es keines Prozessierens, denn es steht klar und bündig in den alten Kaufkontrakten.“

„Und weiter, Christian Albrecht?“

„Und weiter, Christine, hat zwar der Besitzer von Fried- richs Mauer die Mauer zwischen beiden Häusern aufzuführen und zu unterhalten; aber der des unserigen hat den Halb- schied der Kosten dazu beizutragen.“

„Wirklich? Auf Höhe von elf Fuß?“

„Ei was, und wenn's die Mauer von Jericho wäre! Das ist meine Sache; wenn ich ihm zahlen will, er muß schon hinstellen und Quittung dafür erteilen!“

„Und du willst wirklich die Halbschied der Kosten, so das blanke bare Geld dafür dem Bruder Friedrich in sein Haus schicken?“

„Das will ich, Christine; ganz gewiß, das will ich.“

Sie sah ihn eine Weile ganz nachdenklich an.

„So, also auf die Art, Christian Albrecht!“ sagte sie langsam.

Aber bevor sie ihre Gedanken über diesen kritischen Fall zu ordnen vermochte kam Volschaft aus der Küche; die Kochfrau war eben angelangt und der Bratenwender sollte aufgestellt werden, denn morgen gab es ein großes Fest im Hause. Frau Christine gedachte plötzlich wieder der Ver- anlassung, um derentwillen sie das Allerheiligste ihres Mannes aufgesucht hatte; sie ließ sich ihr blaues Haushaltungsbeutchen bis zum Rande füllen und verließ das Stübchen, den Kopf voll junger Wirtschaftsjorgen.

In dem Hause nebenan sollte heute Herr Friedrich Jovers mit seiner ehrsamen Haushälterin selber speisen, denn sein junger Viseder Küfer war auswärtig in Geschäften. Zuvor aber trat er nach seiner Gewohnheit vor die Haustür und schaute von dem obersten Treppenstein eine Haar und schaute von dem obersten Treppenstein eine paar Augen- blicke in das Wetter und rechts die Straße hinab nach dem dort unten sichtbaren Teile des Hafens.

Als er dann wieder ins Haus und gleich darauf in das Wohnzimmer trat, fand die Matrone schon mit vorgestreckter Serbiette in der salmantenen Sonntagsfontische hinter ihrem Stuhle.

„Ist Hochzeit in der Stadt, Frau Möllern?“ frag er.

„Die Schiffe flaggen ja.“

Er setzte sich, und die Alte setzte sich ihm gegenüber; die Frage mochte er wohl schon vergessen haben, denn Herr Friedrich Jovers pflegte seit geraumer Zeit auf dergleichen keine Antwort zu erwarten.

Aber Frau Antje Möllern, welche auf gewisse Dinge ihren Herrn nicht anzusprechen wagte, ließ sich die Gelegenheit nicht entslüpfen. „Hochzeit?“ wiederholte sie scharf, und ein gewisses Zucken um ihre derben Lippen zeigte, daß

Reparaturen an den Domtürmen. Die Domtürme, namentlich am mittleren Hauptturm, werden gegenwärtig durch den Kriegsbauermeister Josef Lindig ausgedehnt. Die Arbeiten durch Dachbedermeister Josef Lindig ausgeführt. Die Arbeiten durch Dachbedermeister Josef Lindig ausgeführt. Die Arbeiten durch Dachbedermeister Josef Lindig ausgeführt.

Die Ausichten der diesjährigen Spätkorn. Die Ausichten der diesjährigen Spätkorn. Die Ausichten der diesjährigen Spätkorn. Die Ausichten der diesjährigen Spätkorn. Die Ausichten der diesjährigen Spätkorn.

Wie kann man die Eisenbahnfahrpreise selbst berechnen? Früher war das eine ganz einfache Sache. Man multiplizierte den Grundpreis für den Streckenkilometer mit der Kilometerzahl, rundete den gesamten Betrag auf die nächsthöhere Fünfer- oder Zehnerzahl und die Rechnung stimmte. Heute ist das nicht mehr ganz so einfach. Wollte man die Kilometerzahl unter Berücksichtigung der öftermaligen Erhöhung berechnen, um den Fahrpreis zu finden, so wäre das ziemlich umständlich. Im Wiesbadener Verkehrsbericht, herausgegeben von der Wiesbadener Zeitung, ist nun eine einfache Methode angegeben, um den Fahrpreis wenigstens annähernd bestimmen zu können. Danach wird der Grundpreis (1. Klasse 9 Pf., 2. Klasse 5,7 Pf., 3. Klasse 3,7 Pf., 4. Klasse 2,4 Pf.) mit der Kilometerzahl multipliziert und auf das Ergebnis ein Zuschlag von 600 Prozent in der ersten Klasse, von 420 Prozent in der zweiten Klasse, von 390 Prozent in der dritten Klasse und von 375 Prozent in der vierten Klasse gerechnet. Das Endergebnis stimmt mit dem Fahrpreis so ziemlich überein. Wenn es in einzelnen Fällen niedriger ausfallen sollte, so hängt das damit zusammen, daß bei der amtlichen Berechnung die jedesmalige Aufzählung auf 10 Pfennig nach oben bei den prozentualen Zuschlägen immer wieder berechnet wurde, was schließlich oft bis zu 40 Pfennig Mehrbetrag ausmachen kann. Das ist jedoch unwesentlich. Im allgemeinen dürfte die Rechnung stimmen. Nehmen wir als Beispiel: Was kostet eine Fahrkarte von Wiesbaden nach Berlin? Die Kilometerzahl Wiesbaden-Berlin beträgt 581. Wir rechnen also: Grundpreis 3,7 (Pfennig) \times 581 (Kilometer) \times 390 (Prozent) = 8.383,830. Die drei letzten Stellen werden abgerundet, und es bleiben 8383 Pfennig, aufgerundet = 81 Mark.

Billigere Zigaretten in Baden. Die badischen Zigarettenfabriken verfügen zur Zeit über so große Mengen Rohstoffe, daß ihre Lager überfüllt sind. Trotzdem steht das Geschäft, weil die Verbraucher wegen der hohen Verkaufspreise mit dem Kauf zurückhalten. Deshalb beginnen verschiedene Zigarettenhandlungen in Mannheim und der badischen Pfalz damit, ihre Verkaufspreise erheblich, teilweise bis zur Hälfte, herabzusetzen.

Herborn, 15. Juni. Wie wir erfahren, ist seitens d. Landesauschusses nunmehr bestimmt worden, daß die Geisteskranken der Anstalten Weilmünster und Damar sämtlich nach Herborn verlegt werden. Die Fürsorgegeplante kommen von Herborn ganz fort und soll Weilmünster als Fürsorgeanstalt eingerichtet werden. Die Anstalt Herborn wird somit wieder voll belegt werden. (Herb. Tagebl.)

Frankfurt a. M., 14. Juni. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Monat Mai bedeutend verschlechtert. Die offenen Stellen gingen um 13 Prozent zurück. Es waren nur noch 882 gegen 1126 im Monat April. Die Erwerbslosenfürsorge hat einen Zugang von 19 Prozent erfahren. Es wurden 1895 Männer und 189 Frauen unterstützt. Die Bekämpfung der Erwerbslosenfürsorge ist deshalb auch ganz besonders stark, weil eine große Anzahl von Betrieben infolge Arbeitsmangels nur beschränkt arbeiten konnte, wodurch neue Aufgaben für Lohn notwendig wurden.

Frankfurt, 15. Juni. Der Mann mit den drei Bräuten. Der 29-jährige Wilhelm Krämer aus Krefeld hat drei Bräute und wahrscheinlich hätte er es auf noch mehr gebracht, wenn man ihn nicht eines Tages eingelockt hätte. Er verstand es gut, mit dem Ewig-Weiblichen umzugehen, gab sich für einen Dr. med. aus, der eine neue Praxis gründen wollte, 15 000 Mark hatte er; aber was nützte ihm das alles, denn Frau und Kind sind ihm gestorben. Das Dienstmädchen, dem er diesen Schwindel vormachte, wurde zu Tränen gerührt und gab ihm als Braut Nr. 1 ihre ganzen Ersparnisse. Die Verlobung Nr. 2 fand mit einer Dame statt, die er in einem Rassehaus kennen lernte. Diese, die am Tisch neben ihm saß, klagte über Magenbeschwerden. Der Dr. behandelte sie und untersuchte sie und so wurde sie Braut Nr. 2. Als Verlobungsgegenstand gab sie ihm ihren Schmuck. Bei der Braut Nr. 3 war schon der Pfarrer zur Trauung bestellt. Vorläufig kann die Hochzeit noch nicht stattfinden, allen Herren, wie sie in liebevoller Unterhaltung mit ihrem holländischen Pseff n vor den Gartentüren saßen! — Wenn sie es manchmal hätten voraussehen können! — fuhr Frau Krämer fort, vor ihrem noch immer unberührten Braten liegend, daß der nunmehrige Herr Senator Jovers oder, wie wir's nur grad heraus, die nunmehrige Frau Senator'n einen solchen Prozeß um diesen schönen Lustgarten anheben würde, was würden die beiden braven Freunde dazu wohl gesagt haben?

„Weiß nicht, Möllern,“ sagte Herr Friedrich, der bisher in halber Zerstreuung dagestanden hatte, „vielleicht wäre es meinem Großvater zum Verdruß geschlagen und er hätte den laufenden Posten von zehn Pfund Tabak und einem Gewand und ein für allemal gestrichen!“

(Fortsetzung folgt.)

Frankfurt, 15. Juni. Der Raubmord bei Soden-Salmünster. Durch die Ermittlungen der Frankfurter Kriminalpolizei, die bekanntlich von der hiesigen Staatsanwaltschaft mit der Aufklärung des geheimnisvollen Verhältnisses in der Salz bei Soden betraut worden war, ist jetzt ein so erhebliches Beweismaterial gegen den bereits verhafteten ehemaligen Lehrer Philipp Wolf aus Soden beibracht worden, daß seine Schuld jetzt außer aller Frage steht. Zu einem Geständnis war Wolf bisher trotz eines geradezu erdrückenden Beweismaterials nicht zu bewegen. Das ist aber seine bekannte Taktik, denn in früheren Verfahren hat W. stets bis zur Verurteilung geäußert. Die Frankfurter Kriminalpolizei hat ungeachtet der langen Zeit, die nach dem Verschwinden des ermordeten Schlossers Ludwig Schwarz aus Kasselheim und nach dem Auffinden der zerstückelten Leichenteile verstrichen war, feststellen können, daß der Ermordete am Tage seines Verschwindens mit Wolf, am 24. Februar 1920, von Frankfurt ab um 3,16 Uhr nachmittags gemeinsam nach Salmünster gefahren ist und daß Schwarz am 25. Februar morgens Wolf aus der Wirtschaft abgeholt hat. Beide sind dann in den Wald gegangen. Wolf lehrte allein zurück. Dann hat Wolf einige Tage später an einen Landwirt in Katholisch-Wilmarth, mit dem er viele Handelsgeschäfte machte, die Stiefel des Schwarz verkauft. Nach Auffassung der Polizei ist die Tat im Walde bei Soden am Vormittag des 25. Februar geschehen. Die Leiche ist später zerstückelt, in Säcke gepackt und in den Bach geworfen worden, der die Teile später an Land spülte. Der Ermordete trug viel Geld bei sich, dessen Verbleib noch nicht ermittelt ist. Es fehlen auch die Kleider und andere Gegenstände des Toten. Das Publikum wird um sachdienliche Unterstützung gebeten. Nachrichten sind der Kriminalpolizei in Frankfurt, Zimmer 401, zu übermitteln. Wolf hat irgendwo auch ein größeres verpacktes Bild in Frankfurt untergestellt, vielleicht in einer Wirtschaft am Bahnhof. Für die restliche Aufklärung der Tat ist eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt.

Marxleben (Kr. Hanau), 15. Juni. Während gestern mittag drei Arbeiter in der hiesigen Sandgrube mit Ausgrabungsarbeiten beschäftigt waren, löste sich eine gewaltige Sandhaube und riefte auf die Arbeiter nieder. Während zwei derselben sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, wurde der dritte, der 28 Jahre alte verheiratete Arbeiter Fritz Vogt von hier von den nachstürzenden Sandmassen verschüttet und zu Tode gedrückt.

Coblenz, 14. Juni. Ein Brüderpaar in Kapellen a. Rh. ertränkte ein junges Mädchen, das bei seinen Eltern im Dienst stand und der Niederkunft von einem der Brüder entgegen sah.

Saarbrücken, 15. Juni. (W.F.B.) Zu einer aufregenden Szene kam es gestern nachmittags. Ein farbiger französischer Soldat belästigte am hellen Tage ein Mädchen und hatte ihm bereits die Kleider zerrissen, als ein französischer Offizier hinzukam und ihn schnell wegnahm. Der Farbige zog darauf sein Seitengewehr gegen den Offizier, wandte sich jedoch zur Flucht, als mehrere Soldaten herbeieilten. Trotz nachgesandter Schüsse entflohr er, konnte aber später festgenommen werden.

Das Verfahren gegen die Marburger Freiwillichen. Marburg (Lahn), 1. Juni. (W.F.B.) Das Gericht der ehemaligen 22. Division begann heute die Verhandlung wegen der Vorkommnisse bei Bad Thal (Thüringen). Angeklagt sind 14 Studenten, zum großen Teil ehemalige Offiziere. Die Anklage lautet auf rechtswidrigen Waffengebrauch in Verbindung mit Totschlag. Der Hauptangeklagte Leutnant a. D. Stad. jur. Goebel erklärt, daß die erschossenen Gefangenen auf dem Transport nach Sattelstedt Fluchtversuche unternommen hätten. Das gleiche sagte die drei weiteren Angeklagten Engelbrecht, Zahn und Kraus aus. Am 12. Uhr wurde die Verhandlung geschlossen. Morgen 8 Uhr findet in Mächtersfeld eine Lokalbefragung statt.

Max Weber. Professor Max Weber, der bekannte Nationalökonom, ist in München unerwartet einer Lungenentzündung erlegen. Mit ihm ist einer der größten Wissenschaftler der Gegenwart dahingegangen, auf dessen Wirken bis zuletzt die größten Hoffnungen gesetzt wurden. Max Weber war ein ebenso tiefer wie begeisterter Vorkämpfer für die neue Zeit. Bei den Vorverhandlungen zum Versailler Friedensvertrag gehörte er der Kommission der deutschen Wirtschaftswissenschaften an.

Die Valuta im Ehescheidungsprozeß. Daß die Valuta nicht nur in Handel, Industrie und Gewerbe eine bedeutende Rolle spielt, sondern auch selbst in einem Eheleben ein gar gewichtiges Wortlein mitleiden kann, erfährt man aus einem Zivilprozeß, der dieser Tage von dem Oberlandesgericht Frankfurt entschieden wurde. Eine Schweizerin hatte einen Frankfurter Kaufmann geheiratet, die vor dem Krieg wieder in die Schweiz zurückkehrte. Es kam zu einem Ehescheidungsprozeß, in dessen Verlauf die Frau eine monatliche Unterstüßung von 350 Mark beanspruchte. Die Verhältnisse des Mannes verschlechterten sich und sein Einkommen sank auf noch nicht 10 000 Mark. Er behauptete, daß nach der zur Zeit der Forderung geltenden Valuta die 350 Mark ihm sehr viel, seiner Frau aber nur 20 Schweizer Franken ausmachten, die für sie bedeutungslos wären, denn sie bewohne in der Schweiz eine Villa, die 300 000 Franken wert sei. Im Gegenzug heißt es, daß während des Ehescheidungsprozesses die Alimentation „nach tüchtiger Berücksichtigung der Verhältnisse“ verlange. So sei die Forderung der Frau abzuweisen. Das Landgericht aber verurteilte den Ehemann zur Zahlung von 350 Mark monatlich und das Oberlandesgericht bestätigte diese Entscheidung.

Die größte drahtlose Station der Welt. Bis jetzt gilt Rauen als die größte Station für drahtlose Telegraphie. Nun planen aber die Amerikaner den Bau einer Station, die ihnen auch auf diesem Gebiete den Ruhm, das größte Unternehmen der Welt zu besetzen, sichern soll. Die Radiogesellschaft hat in Rocky Point auf Long Island 6000 Acres-Land gekauft, um mit einem Kostenaufwand von 10 Millionen Dollar diese größte Station zu errichten. Die Station soll die Verbindung mit Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Skandinavien und Argentinien aufnehmen.

Reverenz der britischen Fahne! In dem Blatte der englischen Befragung in Köln liest man: Nach der Parade am 5. Juni (Geburtsstag des Königs von

England) auf dem Platz vor dem Dom, von wo verschiedene Regimenter durch die Hauptstraßen in die Kasernen zurückmarschierten, fanden sich viele deutsche Bürger plötzlich ohne Kopfzier. Eine Art Planktonwache war zu beiden Seiten der marschierenden Regimenter gebildet worden, und manchem, der den Regimentsfahnen nicht die schuldige Hochachtung erwies, begegnete es, daß ihm der Hut abgeschlagen wurde.

Wahlen mit Festessen. Was man für einen Bürgermeister- oder Gemeinderatsposten ausgeben kann, darüber unterrichtet uns die „Bilz. Post“. In dem Dörfchen Bergalben haben die Wirt bei den Gemeinderatswahlen für 14 000 M. Speisen und Getränke an die Wähler auf Veranlassung der Kandidaten kostenlos verabreicht. Man leste wie Gott in Frankreich. Zu diesen Kosten bezahlten der neue und der verfallene Bürgermeister je 9 000 M. und jeder der Gemeinderäte 500 M. Die Wähler wünschen nur, daß alle Tage Wahltag wäre.

Wer ist in seiner Kriegsgefangenschaft von Deutschen schlecht behandelt worden? Der Ruffhäuserbund der deutschen Landstrigerverbände hat sich mit der Bitte an das Reichsjustizamt gewandt, die Straforgane darauf hinzuweisen, daß jene Deutsche, die sich in Kriegsgefangenschaft gegenüber ihren eigenen Landsleuten Verbrechen oder Vergehen zuschulden kommen ließen, mit der vollen Schärfe des Gesetzes verfolgt werden sollen. Für diese Strafverfolgung sammelt die „Kriegszeitung“ in Berlin W. 60, Geisbergstraße 2, Belastungsmaterial. Sie bittet dringend, ihr alle Fälle, in denen Deutsche sich in Kriegsgefangenschaft gegen die eigenen Landsleute vergangen oder ihre Stellung als Vorgesetzte mißbraucht haben, unter Angabe des Namens, ehemaligen Truppenteils und Wohnorts des betreffenden „Deutschen“ mitzuteilen. Mit diesem Antrage entspricht der Ruffhäuserbund dem Gerechtigkeitsgefühl des deutschen Volkes. Es kann nicht angehen, daß Schurken und Verbrecher, die während des Krieges in sicherer Kriegsgefangenschaft die Leiden ihrer Mitgefangenen noch vergrößerten, heute ungestraft unter uns weilen.

Eine Umfrage über die Weltsprache. Aus Anlaß des internationalen Esperanto-Kongresses, der im Haag im Laufe des Monats August stattfinden soll, hat die schwedische Friedensgesellschaft eine Umfrage über die zukünftige Weltsprache unter Fachleuten aus aller Herren Länder veranstaltet. Die Befragten bestanden nicht nur aus Vertretern der Sprachwissenschaften, sondern auch aus Leitern von Handelsvereinigungen, Parlamentsmitgliedern und anderen im praktischen Leben stehenden Persönlichkeiten. Die Mehrzahl der Antworten entschied sich für die Benutzung der englischen Sprache als Weltsprache und dabei wurden die verschiedensten Gründe für diese Sprache angeführt, die ja tatsächlich von einem sehr großen Teil der Menschheit gesprochen wird. Für das Französische traten sieben Stimmen, die aus Süd- und Osteuropa, sowie aus Dänemark stammten, ein. Für das Deutsche sprach sich nur eine Stimme aus; es war der Präsident der finnischen Friedensgesellschaft, Uno Stenius. Das Lateinische als Weltsprache befürworteten vier Persönlichkeiten, nämlich ein Mitglied der Universitäten Genua, Amsterdam und Granada und ein Vertreter der Handelskammer Benedig. Nur fünf unter allen Befragten erklärten sich für die Schaffung einer künstlichen Weltsprache, und zwar bezeichneten vier von, einer Esperanto als die geeignetste. Die tatsächlichen Verhältnisse dürften dem Ergebnis der Umfrage entsprechen. Aus ähnlichen Erwägungen heraus hat der Völkerverbund die englische und französische Sprache zu seinen offiziellen Verhandlungssprachen gemacht. Wie lange freilich das Französische das gleiche Recht wie das Englische für sich wird in Anspruch nehmen können, steht noch dahin.

Ämtlicher Teil.

(Nr. 136 vom 17. Juni 1920.)

An sämtliche Standesämter des Kreises.

Die Totenlisten sind von jetzt ab nicht mehr an das Erbschaftsteueramt in Kassel, sondern an das Finanzamt in Limburg zu senden.

Limburg, den 11. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

R. H. Nr. 1938. Schellen.

Bekanntmachung.

Ich habe heute den Betrieb des Mühlenbesizers Johann Weimer in Niederhadamar gemäß § 71 der Reichsgetreideordnung wegen Unzuverlässigkeit geschlossen. Ich ersuche die Herren Bürgermeister, dies in geeigneter Weise zur Kenntnis der Selbstversorger zu bringen.

Limburg, den 9. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

Schellen.

Bekanntmachung.

Die Landwirte.

1. August Hartmann,
2. Josef Hartmann,
3. Johann Böhm,
4. Wwe. Meuser,
5. Johann Weh,

der Gemeinde Niederweyer haben trotz wiederholter Aufforderung ihre Pflastlieferung an Brotgetreide nicht erfüllt. Ich habe dieselben gemäß § 72 der Reichsgetreideordnung für 1919 haftbar gemacht und Strafentwurf gestellt.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

Schellen.

Bekanntmachung.

Den Mühlenbetrieb des Müllers Peter Schmidt in Oberweyer habe ich heute gemäß § 71 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 wegen Unzuverlässigkeit des Inhabers geschlossen. Ich ersuche die Herren Bürgermeister, dies zur geeigneten Kenntnis der Selbstversorger zu bringen.

Limburg, den 9. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

Schellen.

Diesemigen Herren Bürgermeister des Kreises welche mit der Erledigung meiner Verfügung vom 5. 5. 1920, R. H. 1612 — Kreisblatt Nr. 106 — betreffend Erstattungen von Pflastkosten für in Anstalten untergebrachte ortsarme Geistesranke pp. noch im Rückstande sind, werden an umgehenden Bericht erinnert. Fehlanzeige ist erforderlich.

Limburg, den 15. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

R. H. 1612.

(Schluß des amtlichen Teils.)

Die Verteuerung des Lebensunterhalts

Es noch nicht zum Stillstand gekommen. Auf vielen Gebieten ist die Kaufkraft des Volkes erschöpft und die meisten stehen vor der unumgänglichen Notwendigkeit, sich weit gehende Einschränkungen aufzuerlegen. Es gibt aber Dinge, die man unter keinen Umständen missen möchte und die man nicht entbehren kann, will man sich nicht Schädigungen aussetzen. Dazu gehört auch die **heimatliche Zeitung**. Jede andere Zeitung kann eher entbehrt werden als das **Heimatblatt**, in dem nicht nur die großen und kleinen Ereignisse aus der Umgebung gesammelt und mitgeteilt werden, sondern auch alle Verordnungen und Bekanntmachungen enthalten sind, die die eigene Wirtschaft und Haushaltung angehen. Der „**Amliche Teil**“ des „**Limburger Anzeiger**“ ist darum ein rechtes Merkblatt sowohl für den Staats-, Kommunal- und Gemeindebeamten, wie für jeden Familienvater und Haushaltungsvorstand. Er bildet eine wesentliche Ergänzung zu den Nachrichten aus dem politischen Leben, die heute jeden Staatsbürger, Mann und Frau, interessieren. Der „**Limburger Anzeiger**“ stützt sich auf eine rasche und genaue Berichterstattung, die durch politische und wirtschaftliche Artikel aus berufener Feder eine vortreffliche Erläuterung erfährt. Daneben kommt auch das Gebiet der Unterhaltung zu seinem Recht. Ihm dienen die vermischten Abhandlungen und Betrachtungen aus aller Welt, die reichhaltige Samstagsbeilage und der Romanfeil, in dem in den nächsten Tagen mit dem spannenden Roman „**Lodernde Liebe**“ von Erich Ebenstein begonnen werden wird.

Bewahrt Euch Eure Heimatpresse!
Bestellt den „Limburger Anzeiger“.

Bekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.

Erhebung der Getreide- und Kartoffelflächen.

Wir fordern hiermit nochmals alle Bewirtschafter von Ackerland in der Stadt Limburg auf, die von ihnen selbstmäßig bebauten Flächen mit Getreide und Kartoffeln bis **spätestens zum 18. d. Mts.** auf Zimmer 15 des Rathhauses anzugeben.
Limburg, den 16. Juni 1920. 11/136
Der Magistrat.

Gemüse-Verkauf.

Am Freitag den 18. Juni, von 2—4 Uhr nachmittags in der städt. Gemüseverkaufsstelle im Hospitalhof Verkauf von **Kopfsalat und Erbsen**. 5/136
Städt. Lebensmittelamt.

Schutz der Anlagen.

Wiederholt sind in der letzten Zeit Verstöße gegen die Bestimmungen in den städtischen Anlagen festgestellt worden. Es wird deshalb erneut darauf hingewiesen, daß das Betreten der Anlagen außerhalb der Wege und Promenadenwege, das Beschädigen der Gewächse, Bäume und Sträucher, der Bänke, Pavillons oder sonstigen Gegenstände durch Einschneiden und Vordringen oder Verschleiden das Verunreinigen der Anlagen und der Wege durch Hinwerfen — Zigaretten von Papier oder sonstigen Gegenständen der orten ist. Hunde sind, um unberechtigtes Zagen zu verhindern, in den Anlagen an der Leine zu führen. Etwaigen Anordnungen der bestellten Aufsichtspersonen ist Folge zu leisten.

Das Publikum wird dringend gebeten, zum Schutze der Anlagen mit beizutragen und etwaige Frevel anzuzeigen. Eltern, Lehrpersonen etc. wollen die Kinder entsprechend belehren und möglichst dieselben nicht ohne Aufsicht in den Anlagen lassen.

Limburg (Bahn), den 25. August 1919. 11/196
Die Polizeiverwaltung.

Sozialdemokratischer Verein.

Freitag abend 8 Uhr im „**Lahn**“:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum Wahlvorgang

2. Vortrag.

Wähler und Freunde der Partei willkommen. 8/136

Demokratischer Verein Limburg.

Mitglieder-Versammlung

Freitag den 18. Juni, 8 Uhr abends im kleinen Saale der Turnhalle. Besprechung der Lage. 3/136
Der Vorstand.

Aufruf

zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Im Deutschen Reich ist eine erschreckende Vermehrung der Geschlechtskrankheiten eingetreten und es werden die Familien und damit der Gesundheitszustand unseres gesamten Volkes aufs äußerste bedroht. Die energische Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist daher dringend erforderlich.

Diese Krankheiten werden nicht nur durch den Geschlechtsverkehr, sondern auch auf mancherlei andere Art verbreitet.

Alle Geschlechtskrankheiten sind sicher heilbar, wenn sie frühzeitig in Behandlung kommen, d. h. früher, als eine Allgemeinerkrankung des Körpers zustande gekommen ist. Es ist daher unbedingt notwendig, daß die Geschlechtskranken möglichst früh in ärztliche Behandlung kommen.

Nur die Ärzte sind imstande, die Geschlechtskrankheiten rechtzeitig zu erkennen und erfolgreich zu behandeln. Man zögere daher nicht, bei verdächtigen Haut- und Schleimhauterkrankungen **sofort einen Arzt um Rat zu fragen.**

Kranken, welche die ärztliche Behandlung nicht bezahlen können, kann kostenfreie ärztliche Behandlung zuteil werden.

Der Vorsitzende des
Kreisausschusses:

Schellen,
Landrat.

Namens der Ärzte von
Limburg und Umgebung:

Der Kreisarzt
Dr. Tenbaum, Medizinalrat.

Seit dem 26. v. Mts. ist die Bearbeitung der Stempel- und Erbschaftssteuerachen, die bisher von der Abtlg. III des Stempel- und Erbschaftssteueramtes in Kassel erledigt wurden, dem hiesigen **Finanzamt** übertragen. 1/136

Limburg, den 11. Juni 1920.

Finanzamt.

Die Kasse ist am Freitag den 18. u. Samstag den 19. Juni d. Js.

geschlossen. 2/136

Landesbankstelle Limburg.

Einladung.

Zu der am Freitag den 18. Juni, abends 8 Uhr im „**Deutschen Haus**“ (Glashalle) stattfindenden

Vereinigungs-Versammlung

werden die Mitglieder der unterzeichneten Vereine dringend eingeladen. 9/136

Vollzähliges Erscheinen ist Ehrenpflicht.

I. Limburger
Fußb.-Klub 1907

Fußball-Klub
Limburg 1919

Der Vorstand.

Der Vorstand.

8-10 Nebenwöchige

Ferkel

abzugeben bei

Heinrich Wilhelm Gaul, Lohrheim,
Etat Oberweisen. 10/136

Bei allen Anfragen und Mitteilungen, die eine Anzeige unfr. Bl. betreffen, ist es unbedingt erforderlich, daß die jeder Anzeige beigebrachte Nummer — z. B. 3/42 — angegeben wird.

Anfragen ohne die Nummerangabe können in keinem Falle beantwortet werden.

Die Geschäftsstelle.

Großer
politischer
Nachrichtendienst
Börsliche
Zeitung
Berlin

Monatlicher Bezugsschein
Nr. 14.

Lohnender Verdien

bietet sich gewandten, tüchtigen Damen für die Bearbeitung eines täglich gebrauchten, das ist: ein an Privat- oder für den Handel. Anforderung M. 500 — nur bei persönlicher Vorstellung. Angebote an die Geschäftsstelle d. Btg.

Gelucht jüngeres

Dienstmädchen

bei guter Kost und Behandlung. Zu erfr. in der Exp.

In angenehme Stellung wird für meinen kleinen Haushalt ein erfahrendes

Mädchen

gesucht. Frau Direktor Scheinmann, Untere Grabenstr. 10.

Gut erzogene Hausfrau

aus besserer Familie für einen kleinen Haushalt bei Familienanschluss gesucht. Off. an die Geschäftsstelle d. Btg.

Arbeitsbücher

zu haben in der Kreisblatt-Druckerei

Piassavabesen, Reiserbesen, Kokosbesen, Rosshaarbesen, Handfeger, Kokosmatten, prima Scheuertücher Fensterleder, Schwämme, Raffiabast, sowie sämtl. Bürstenwaren

in prima Friedensqualität, billigst

7/121 J. Schupp, Seilerei

en gros en detail Fernruf 277. Limburg. Frankfurterstr. 15.

Feldhüter-Anzeigebücher

mit Dienstplanweisung.

Feldhüter-Anzeigeformulare

nach amtlicher Vorschrift

zu haben in der Kreisblatt-Druckerei

Die Geschäftswelt

muss im eigenen Interesse über alle behördlichen Verfügungen auf dem Laufenden bleiben. Der

Limburger Anzeiger

der als amtliches Kreisblatt das Sprachrohr der Behörden ist, bildet deshalb nach wie vor für jeden Geschäftsmann ein unentbehrliches Informations- u. Nachschlageblatt. Bestellungen werden jederzeit in der Geschäftsstelle, Brückengasse 11, sowie von allen Trägerinnen entgegengenommen.